

Antrag 172/I/2020**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 90/I/2020 + 93/I/2020 (Konsens)****Alle zusammen gegen den Faschismus! Grenzen auf – Leben retten!**

1 In Griechenland auf der Insel Lesbos und dem dortigen
 2 Geflüchtetenlager Moria ist am Sonntagabend, 01. März
 3 2020 die Situation eskaliert. Schutzsuchende Menschen,
 4 Journalist*innen sowie NGO- Mitarbeiter*innen wurden
 5 überall auf der Insel von Faschist*innen und Inselbewoh-
 6 ner*innen angegriffen. Menschen wurden verprügelt, Ver-
 7 folgungsjagden auf den Straßen fanden statt, der Lie-
 8 ferwagen einer Hilfsorganisation wurde angezündet. Das
 9 Zwischencamp des Flüchtlingswerks der Vereinten Natio-
 10 nen, der UNCHR, wurde ebenfalls von Faschist*innen an-
 11 gezündet und vollständig verwüstet. Es gab und gibt kei-
 12 nen sicheren Ort. Die Sicherung der Grenzen unter Ein-
 13 satz von Gewalt, wie es die AfD 2015 forderte und da-
 14 mals noch von allen Seiten aufs Schärfste kritisiert wur-
 15 de, ist mittlerweile Realität geworden und die EU schaut
 16 weg. Zunächst hat die griechische Regierung ein neues,
 17 strengeres und noch unmenschlicheres Asylgesetz ver-
 18 abschiedet, welches die Inhaftierung aller neuen Asylsu-
 19 chenden bei ihrer Ankunft auf griechischen Gebiet vor-
 20 sieht. Diese Gesetzesänderung verstößt gegen Art. 26 der
 21 europäischen Asylverfahrensrichtlinie und gegen Art. 31
 22 der Genfer Flüchtlingskonvention, die eine Inhaftierung
 23 von Schutzsuchenden infolge der Antragstellung und ei-
 24 ne Bestrafung von Flüchtlingen wegen einer unrechtmä-
 25 ßigen Einreise verbieten. Wir verurteilen diesen Rechts-
 26 bruch! Griechenland hat sein Asylrecht „ausgesetzt“. In
 27 dem Gesetzblatt wird diese Maßnahme mit „besonderen
 28 und unvorhergesehen Ereignissen“ gerechtfertigt, die die
 29 Sicherheit des Landes gefährden. Bereits rein zahlenmä-
 30 ßig ist dies eine Übertreibung, denn Schätzungen des UN-
 31 Flüchtlingshilfswerks zufolge befanden sich gerade ein-
 32 mal 13.000 Menschen im Grenzgebiet. Abgesehen davon
 33 ist eine „Aussetzung“ des Asylrechts rechtlich nicht zu-
 34 lässig. Sowohl Art. 33 der Genfer Flüchtlingskonvention
 35 als auch Art. 3 der Europäische Menschenrechtskonven-
 36 tion (EMRK) formulieren nach unumstrittener Lesart ein
 37 Zurückweisungsverbot, soweit eine politische Verfolgung
 38 oder eine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung
 39 drohen. Dieses Verbot beinhalten ein Verfahrensrecht, um
 40 den Schutzbedarf prüfen zu können, verbunden mit dem
 41 Recht, bis zu einer Entscheidung im Land verbleiben zu
 42 können. Entsprechendes gilt nach Art. 4 und Art. 18 der EU-
 43 Grundrechtecharta. Es gibt keine rechtlichen Ausnahmen,
 44 die eine Aussetzung dieser Rechte auf Asyl rechtfertigen.
 45 Diesen Rechtsbruch verurteilen wir!
 46
 47 • Wir fordern die Einhaltung des Asylrechts in Grie-

48 chenland und der EU! Das Recht auf Asyl kann nicht
49 „ausgesetzt“ werden.

50

51 Seit der einseitigen Grenzöffnung durch die Türkei sitzen
52 tausende Menschen in einem Niemandsland zwischen
53 der griechischen und türkischen Grenze fest. Boote mit
54 Geflüchteten Menschen werden in Griechenland von Fa-
55 schist*innen am Anlegen gehindert. Zudem werden Ge-
56 flüchtete, Helfer*innen, Politiker*innen und Journalist*in-
57 nen auf den griechischen Inseln von Faschist*innen atta-
58 ckert. Dies hängt unmittelbar mit der Kriminalisierung
59 ziviler Seenotrettung zusammen, sowie mit der Verbrei-
60 tung von Verschwörungsideologien von z.B. einer „Islami-
61 sierung des Abendlandes“ und „Umvolkung“. Sie bereiten
62 den geistigen Nährboden für derartige Angriffe!

63

- 64 • Wir fordern, dass zivile Seenotretter*innen und
65 NGOs ihrer Arbeit ungehindert nachkommen kön-
66 nen und ihnen Schutz, statt Repressionen garantiert
67 wird.
- 68 • Zivile Seenotretter*innen müssen in Gänze entkri-
69 minalisiert werden und der so genannte „Grenz-
70 schutz“ an den europäischen Außengrenzen zu ei-
71 nem Schutz für Menschen umgebaut werden.

72

73 Fünf Jahre nach der sogenannten „Flüchtlingskrise“ und
74 beinahe fünf Jahre nach dem Türkei Deal erleben ver-
75 triebene und verfolgte Menschen massivste Gewalt an
76 den EU- Außengrenzen und in Griechenland. Dies ist der
77 „sicherheitsorientierten“ Migrationspolitik Europas anzu-
78 lasten. Die türkische Regierung hält ihre Grenzen zu Sy-
79 rien geschlossen, sah jedoch keinen Schaden darin, Tau-
80 sende von Geflüchteten zu den Toren Europas zu drängen.
81 Asylsuchende aus Syrien, Afghanistan, Pakistan und meh-
82 reren afrikanischen Ländern haben im März die Grenzge-
83 biete Edirne, Canakkale und Izmir erreicht. Einige wurden
84 mit Bussen von Gemeinden dorthin gebracht, andere mit
85 privaten Taxis oder zu Fuß. In der Region Edirne wurden ih-
86 nen von türkischen Behörden gestattet, in die Grenzzone
87 zu gelangen. Gleichzeitig beschränkten türkische Behör-
88 den den Zugang für Journalist*innen und Reporter*innen.

89

90 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Bun-
91 destages und des europäischen Parlamentes, die Bundes-
92 regierung sowie Außenminister Heiko Maas auf:

93

- 94 • Ein Ende des EU- Türkei Deals, welche v.a. die Bun-
95 desrepublik erpressbar gemacht hat, einen huma-
96 nen Umgang mit Flüchtenden verhindert und Erdo-
97 gan – auch in der Verfolgung eigener Kritiker*innen
98 in der Türkei – bislang nur gestärkt hat. Dass Men-
99 schen als Druckmittel verwendet werden, lehnen
100 wir entschieden ab. Stattdessen müssen die Vertei-

101 lung und Neuansiedlung internationaler Schutzsu-
 102 chender in die EU schnellstmöglich umgesetzt wer-
 103 den. Die Europäische Union ist dafür selbst verant-
 104 wortlich. Eine Abwälzung eigener Verantwortung
 105 an Drittstaaten lehnen wir ab.

- 106 • Beendigung bzw. Aussetzung aller Rüstungsexporte
- 107 an die Türkei, einschließlich der bereits genehmig-
- 108 ten Transaktionen.
- 109 • Einschränkungen der wirtschaftlichen Zusammen-
- 110 arbeit mit der Türkei, ggf. auch im Zusammenwirken
- 111 mit privatwirtschaftlichen Unternehmen sowie ein
- 112 Stopp bzw. Einschränkung von Kredithilfen und an-
- 113 deren Formen wirtschaftlicher und finanzieller Un-
- 114 terstützung.
- 115 • Einwirken auf die EU-Staaten, die eine Aufnahme
- 116 von Geflüchteten ablehnen im Sinne einer Kür-
- 117 zung oder Aussetzung von Mitteln aus dem EU-
- 118 Heranführungshilfen (IPA) unter Berücksichtigung
- 119 des letzten Sonderberichts des Europäischen Rech-
- 120 nungshofs zu Defiziten in der Wirkung dieser Pro-
- 121 gramme.
- 122 • Eine unabhängige Überprüfung durch den UNHCR,
- 123 dass diese Mittel tatsächlich den Geflüchteten zu-
- 124 gutekommen und diese menschenwürdig und ge-
- 125 gemäß den Mindeststandards des Asylsystems in der
- 126 EU behandelt und in ihren Rechten respektiert wer-
- 127 den.

128

129 In Griechenland verschlechterte sich die Situation außer-

130 dem immer weiter. Die Regierung hat kürzlich ein neu-

131 es, strengeres und noch unmenschlicheres Asylgesetz ver-

132 abschiedet, welches die Inhaftierung aller neuen Asylsu-

133 chenden bei ihrer Ankunft auf griechischen Gebiet vor-

134 sieht. **Wir verurteilen diese Gesetzesverschärfung!**

135

136 Weiterhin darf europäischen Regionen an den EU- Außen-

137 grenzen nicht die Alleinige Verantwortung für die Auf-

138 nahme und Versorgung Flüchtender Menschen überlas-

139 sen werden. ALLE europäischen Staaten sind hier in der

140 Pflicht.

141

142 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Bun-

143 destages und des europäischen Parlamentes, die Bundes-

144 regierung sowie Außenminister Heiko Maas auf:

145

- 146 • sich für eine europäische und humane Asylgesetz-
- 147 gebung einzusetzen.
- 148 • Griechische Behörden humanitär und finanziell, in
- 149 der Aufnahme und Versorgung Flüchtender Men-
- 150 schen zu unterstüt
- 151 • Sich für eine faire Verteilung von Geflüchteten in al-
- 152 len europäischen Regionen einzusetzen und diese,
- 153 wenn nötig, auch nur mit einer "Koalition der Willi-

154 gen" zu verwirklichen. Dabei dürfen Familien nicht
155 voneinander getrennt werden!
156 • Eine schnellstmögliche und dringend notwendige
157 Änderung der Dublin-III-VO, die einen Verteilungs-
158 schlüssel vorsieht, welcher mit effektiven Mitteln
159 durchgesetzt werden kann. Nur durch die sinnvolle
160 Neuregelung und Koordinierung der Aufnahme von
161 Asylsuchenden in die EU können humanitäre Kata-
162 strophen, wie wir sie momentan an der griechischen
163 Grenze sehen, und die Erpressbarkeit der EU von der
164 Türkei verhindert werden.

165

166 Seit Beginn der Ausschreitungen haben lokale Gemein-
167 den auf den griechischen Inseln Chios und Lesbos mit
168 der Bereitschaftspolizei neue Haftanstalten eingerichtet.
169 Der durch Rassismus, Hass und Hetze vergiftete öffentli-
170 che Diskurs wurde seither von griechischen Regierungs-
171 beamt*innen gezielt genutzt, um weiteren Hass zu schü-
172 ren. Dabei werden Mythen einer „Invasion“ von „Ille-
173 galen“ verbreitet. Rassismus und Faschismus, sowie ih-
174 re Normalisierung müssen auf allen Ebenen bekämpft
175 werden. Sei es in der Türkei, in Griechenland oder sonst
176 wo! Schutzsuchende Menschen werden als „Bedrohung“
177 zu Verhandlungsmasse abgewertet und entmenschlicht.
178 Diese Sicherheitspolitik, die Tausende Menschen in den
179 Tod treibt, muss ein Ende haben. Das europäische Grenz-
180 regime hat unsägliches Leid verursacht! Die staatliche Ge-
181 walt gegenüber Flüchtenden Menschen an der Grenze zur
182 EU muss sofort gestoppt werden.

183

184 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Bun-
185 destages und des europäischen Parlamentes, die Bundes-
186 regierung sowie Außenminister Heiko Maas auf:

- 187 • eine angemessene Ausstattung und Unterstützung
188 des vor Ort tätigen UNHCR- Flüchtlingshilfswerk der
189 Vereinten Nationen sowie des internationalen Ro-
190 ten Kreuzes sicherzustellen.
- 191 • sich für die Aufnahme von Ermittlungen gegen
192 diejenigen Menschen, welche Flüchtende, Journa-
193 list*innen und NGOs angegriffen haben und wei-
194 terhin angreifen, einzusetzen.
- 195 • Wir fordern ebenso die Aufarbeitung bisheriger
196 staatlicher Repressionen gegen Flüchtende Men-
197 schen.
- 198 • sich für eine lückenlose Aufklärung jedweder An-
199 wendung von Gewalt, insbesondere der tödlichen,
200 durch Grenzschutz-Beamt*innen einzusetzen. Es
201 darf keinen Schießbefehl an Europas Grenzen ge-
202 ben!

203

204 Die Innenminister*innen Europas – darunter auch Horst
205 Seehofer (CSU) – kündigten bereits eine hohe finanziel-
206 le Summe an, um die Griechischen Grenzschutzbehörden

207 sowie Frontex bei der Abschottung Europas zu unterstüt-
208 zen. Es wurden bereits Gespräche in mehreren europäi-
209 schen Staaten über eine mögliche Entsendung von Poli-
210 zist*innen und sogar Soldat*innen nach Griechenland ge-
211 führt. **Wir lehnen jegliche Militarisierung des sogenann-**
212 **ten „Grenzschutzes“ ab!**

213

214 Wir fordern Horst Seehofer, das Innenministerium, sowie
215 die Bundesregierung auf:

- 216 • Die Kommunen und Länder, die sich bereits für eine
217 Aufnahme von Geflüchteten bereiterklärt haben,
218 sollen dies auch umgehend umsetzen dürfen! Die
219 bislang 138 sicheren Häfen in Deutschland müssen
220 gehört werden und Menschen aufnehmen dürfen. In-
221 besondere Kinder müssen – gemeinsam mit ihren
222 Familien- umgehend aus den menschenunwürdigen
223 Lagern auf den Ägäischen Inseln in Sicherheit
224 und Würde untergebracht werden. Dies gilt eben-
225 so für Schwangere, allein flüchtende Frauen* oder
226 schwer Traumatisierte.
- 227 • Die Lebensbedingungen in dem griechischen Ge-
228 flüchtetenlager sind desaströs. Auch schon vor der
229 Covid19-Pandemie war dies der Fall, die Lage hat sich
230 durch die Pandemie allerdings noch weiter zuge-
231 spitzt. Abstand zu anderen Menschen einzuhalten,
232 wie es notwendig ist, um sich und andere vor dem
233 Virus zu schützen, ist in dem Lager nicht möglich.
234 Gesundheitsschutz und –versorgung ist Menschen-
235 recht – das gilt ohne Kompromisse auch für geflüch-
236 tete Menschen. Wir fordern daher eine dringende
237 Evakuierung der dort ausharrenden Menschen.
- 238 • Weiterhin fordern wir eine angemessene finanzia-
239 elle und personelle Unterstützung, sowie eine an-
240 gemessene materielle Ausstattung der Camps vor
241 Ort, um mit der Corona- Pandemie umzugehen. Der
242 Schutz von Leben steht an erster Stelle!
- 243 • Anstatt einer Aufrüstung der Grenzschutzbehörden
244 durch Polizei und Militär, fordern wir humanitäre
245 Unterstützung für flüchtende Menschen. Wir wol-
246 len die grundsätzlichen Probleme europäischer Mi-
247 grationspolitik nicht aus den Augen verlieren und
248 bekräftigen die bereits bestehenden Beschlüsse. Wir
249 fordern ein Recht auf globale Migration sowie die
250 Einführung humanitärer Visa für flüchtende Men-
251 schen!

252

253 Was wir fordern sind: Frieden und Grundrechte für ALLE
254 Menschen, sowie das Recht auf Migration! Für eine Welt
255 ohne Grenzen, Ausbeutung und Exil!